



24. März 2009

Redebeitrag der sozialpolitischen Sprecherin der FDP-Fraktion zu TOP 16/II 52/2009/ „Betreueranerkennung“ in der Regionsversammlung am 24.03.2009

Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Vorsitzender, Meine sehr verehrten Damen und Herren,

um Wiederholungen zu vermeiden, schließe ich mich den Ausführungen meines/meiner Vorredners/Vorrednerin von der CDU-Fraktion inhaltlich an und fasse mich möglichst kurz. Auch die FDP-Fraktion lehnt es entschieden ab, die Anerkennung für die ehrenamtlichen Betreuer zu streichen.

Vollkommen zu Recht haben sich die ehrenamtlichen Betreuer in der Region Hannover enttäuscht und verbittert gezeigt. Anstatt der verdienten Wertschätzung, Ermutigung und Motivation wird ihre Arbeit erschwert.

Das ehrenamtliche Engagement von Bürgern ist Kern der Bürgergesellschaft. Es darf nicht verunsichert werden durch kurzfristige Signale, dass hier Einsparpotentiale zu finden seien. Eine aktive Bürgergesellschaft braucht den ermöglichenden und aktivierenden Staat, der gute Voraussetzungen für das Engagement schafft und gemeinsam mit Organisationen der Bürgergesellschaft dazu beiträgt, Zugänge zum Engagement auch für diejenigen zu schaffen, die sich bislang noch nicht freiwillig engagieren.

Mit der Streichung der bisher regelmäßig gezahlten Betreueranerkennung setzt die Region Hannover ein falsches Ausrufezeichen - gegen das Ehrenamt und gegen bürgerschaftliches Engagement - noch dazu in einem äußerst sensiblen Bereich.

Die Verwaltung nimmt bewusst in Kauf, dass die gesamtgesellschaftlichen Kosten steigen, wenn verärgerte ehrenamtliche durch Berufsbetreuer ersetzt werden müssen, da diese Mehrkosten dann nicht mehr die Region Hannover, sondern das Land Niedersachsen zu tragen hat.

Ein ärgerliches, brutal-technokratisches Vorgehen, dass die menschliche Komponente gänzlich unberücksichtigt lässt: Vielen mittellosen, hilflosen Schwerstkranken und behinderten Menschen werden ohne Not die Vertrauenspersonen weggemobbt. Mit dem ausdrücklichen Segen von SPD und Grünen!

Da hilft auch kein rot-grüner Haushaltsbegleitantrag, in dem die Nds. Landesregierung aufgefordert wird, eine Gesetzesinitiative zu befördern, die den Steuerfreibetrag der ehrenamtlichen Betreuer von 500 auf 2.100 € erhöht. Niedersachsen kämpft schon seit 2007 aus Überzeugung für das Zustandekommen der Regelung – gegen Herrn Steinbrück, SPD.

gez. Anja Baumann de la Cruz Quintero
-sozialpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion Region Hannover-